



Pressemitteilung

Ansbach / Bad Windsheim, 12. Juni 2013

Erneute Attacke von US-Kampfhubschraubern gegen Reiterin:
„Menschen in Westmittelfranken sind keine Zielscheiben für Kriegsübungen!“

Erst im Mai 2013 wurde eine Klage einer Reiterin aus Feuchtwangen, die infolge von Tiefflügen von Kampfhubschraubern der US-Armee, vom Pferd stürzte und sich erheblich verletzte, vor Gericht verhandelt (die Medien berichteten). Das Militär weigerte sich jedoch, den entstandenen Schaden zu ersetzen und behauptete, der Überflug habe überhaupt nicht stattgefunden.

Nun ereignete sich vergangene Woche ein ähnlicher Fall im Gemeindegebiet von Sugenheim (Lkr. Neustadt/A.-Bad Windsheim), der für die Armee allerdings Konsequenzen haben könnte. Wiederum wurde eine Reiterin von einem US-Hubschrauber in extrem geringer Höhe überflogen. Die erfahrene, ortsansässige Reiterin konnte ihr Pferd gerade noch unter Kontrolle halten. Das US-Militär in Illesheim bestätigte im Gegensatz zum Fall in Feuchtwangen jetzt einen „Tiefflug unter 100 Fuß“. Die Sugenheimerin erstattete daraufhin Anzeige und schaltete die regionalen Abgeordneten aus Bund und Land ein.

Wiederholt melden sich BürgerInnen bei der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt's!“, die sich als Spaziergänger, Radfahrer oder Reiter zum Trainingsziel im Rahmen der Kriegsübungen der US-Armee gemacht sehen. Offenbar ist das realitätsnahe Training Kampfhubschrauber gegen Pferd besonders wichtig für den Krieg im vergleichsweise wenig motorisierten Afghanistan.

Der BI-Vorstand bewertet die jüngsten Vorfälle neben der permanenten Umwelt- und Gesundheitsbelastung durch Fluglärm und Abgase der Helikopter als zusätzliches Gefahrenszenario: „Die Menschen in Westmittelfranken sind keine lebenden Zielscheiben für die Kriegsübungen des US-Militärs. Wer wie die schwarz-gelben Regierungen in München und Berlin Bestand und Ausbau der Großbasen in Katterbach und Illesheim duldet oder vorantreibt, der handelt unverantwortlich gegenüber der Bevölkerung in unserer Region.“ Der aktuelle Fall führe die Unvereinbarkeit der Militärpräsenz mit der dicht besiedelten Region erneut deutlich vor Augen.

gez. Boris-André Meyer, Pressesprecher